

## Das neue Afrika-Konzept 04.05.2010

BERLIN (Eigener Bericht) - Vorarbeiten zu einem neuen "Afrika-Konzept" der Bundesregierung stoßen auf scharfe Kritik. Die bislang bekannten Entwürfe für das Papier, das im Sommer mit allen in Afrika tätigen Berliner Regierungsstellen abgestimmt werden soll, ließen einen "grundsätzlichen Politikwechsel" der sogenannten Entwicklungspolitik hin zu Maßnahmen einer ungeschminkten "Wirtschaftsförderung" erkennen, urteilt der "Verband entwicklungspolitischer deutscher Nichtregierungsorganisationen" (VENRO). Der Dachverband fordert stattdessen die Orientierung der zukünftigen Afrika-Politik an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung des Armutskontinents. Das neue Afrika-Konzept soll hingegen die Tätigkeit der beteiligten Berliner Ressorts bündeln und der deutschen Einflusspolitik größere Schlagkraft verleihen. Dazu richtet die Bundesregierung ihre Strategie noch stärker als bisher darauf aus, die Expansion deutscher Unternehmen zu fördern. Im Zentrum stehen die Energieressourcen insbesondere Westafrikas. Der Entwicklungsminister weist seit Beginn seiner Amtszeit darauf hin, dass er seine Aufgabe darin sieht, sein Ministerium stärker als zuvor in den Dienst deutscher Unternehmen zu stellen. Das neue Afrika-Konzept gilt dabei als Testmodell.

### Größere Schlagkraft

Die Erstellung eines neuen ressortübergreifenden Afrika-Konzepts ist bereits im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP angekündigt worden. Hintergrund ist, dass die in Afrika tätigen deutschen Ministerien, allen voran das Auswärtige Amt und das sogenannte Entwicklungsministerium, in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten vor Ort nicht immer präzise koordinierten und manchmal auch offene Rivalitäten austrugen. Mit einem neuen ressortübergreifenden Strategiepapier soll die Politik der Bundesregierung auf dem afrikanischen Kontinent vereinheitlicht werden und dadurch größere Schlagkraft erhalten. Die Federführung bei der Erstellung des Konzepts, das Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) zufolge noch vor der Sommerpause "in die Ressortabstimmung kommen" soll, liegt beim Auswärtigen Amt.[1]

### Wirtschaftsförderung

Entschiedene Kritik an den ersten Entwürfen zu dem neuen Afrika-Konzept übt jetzt der "Verband entwicklungspolitischer deutscher Nichtregierungsorganisationen" (VENRO). Der VENRO vertritt rund 120 Nichtregierungsorganisationen, darunter bedeutende Kooperationspartner der deutschen Entwicklungspolitik, die sich auch in Afrika engagieren; deshalb ist der Verband Ende März zu einer förmlichen "Konsultation" über das Konzept geladen worden.[2] Wie der Verband berichtet, hätten seine Mitgliedsorganisationen lediglich eine "Grobgliederung" des Papiers erhalten; diese lasse jedoch schon zentrale Charakteristika erkennen. Demnach folge sie "einem eurozentrischen Ansatz", der "die Kooperation mit Afrika auf einen längst überwunden geglaubten Paternalismus" reduziere. Auch deute sich ein "grundsätzlicher Politikwechsel" an, der die "Wirtschaftsförderung" zur obersten Maxime der Entwicklungspolitik erhebe. Der VENRO fordert, die zukünftige Afrika-Politik müsse sich vielmehr an den Grundbedürfnissen der afrikanischen Bevölkerung orientieren. Im Mittelpunkt stehen sollten insbesondere die Gesundheitsversorgung sowie eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion.[3]

### Entwicklungspolitik: Mittel zum Zweck

Tatsächlich folgt das neue Afrika-Konzept Plänen, die vor allem Entwicklungsminister Niebel entschieden vorantreibt. Dabei handelt es sich nicht nur um eine engere Kooperation zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium; Niebel hatte vor seiner Amtsübernahme die Abschaffung des Entwicklungsministeriums gefordert und betreibt nun eine dichte Anbindung des Hauses an das Außenamt ("Außen- und Entwicklungspolitik aus einem Guss"). Ziel ist vor allem die Nutzung der Entwicklungsapparate für die Wirtschaftsexpansion. Das Ministerium dürfe nicht "als Weltsozialamt" wahrgenommen werden, sondern habe sich an seiner eigentlichen Bezeichnung zu orientieren - "Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" -, hatte Niebel kurz nach seiner Amtsübernahme gegenüber dem "Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft" betont: "Der Entwicklung bedarf es, damit man wirtschaftlich zusammenarbeiten kann." [4] Niebel zufolge werden seine Pläne dadurch begünstigt, dass nicht nur das Außen- und das Entwicklungs-

sondern auch das Wirtschaftsministerium von einem FDP-Politiker geführt wird: "Wenn man sich geeinigt hat, wo die Schnittpunkte sind - wo Entwicklungszusammenarbeit aufhört und Außenwirtschaftsförderungspolitik anfängt -, kann man auch den Staffstab schnell übergeben."

#### **Business-Breakfast Afrika**

Die Abstimmung sowohl zwischen den Ministerien als auch zwischen Regierung und Wirtschaft schreitet inzwischen voran. Zuletzt führte das Auswärtige Amt vergangene Woche ein "Business-Breakfast Afrika" durch, bei dem nicht nur Vertreter der FDP-Ministerien für Äußeres, Entwicklung und Wirtschaft zugegen waren. Da man eine "stärkere Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit bei gleichzeitig engerer Einbindung der deutschen Privatwirtschaft" anstrebe, seien vor allem auch Unternehmensvertreter eingeladen worden, berichtet die Leiterin des Referats "Afrika und Lateinamerika" der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, die ausweislich ihres Berichts ebenfalls an dem "Business-Breakfast" teilnahm. Die Wirtschaftsvertreter hatten dort Gelegenheit, sich bei Parlamentariern aus Ghana, die sich gerade auf Einladung der Naumann-Stiftung in der Bundesrepublik aufhielten, "über erhebliche Investitionsprobleme in Afrika" zu beklagen.[5] Ansonsten wurde "über Ziele und Erwartungen an das neue Afrikakonzept der Bundesregierung" diskutiert.

#### **Energiefragen**

Im Zentrum der Wirtschaftsinteressen stehen dabei die Rohstoffe Afrikas. Im Rahmen des neuen Afrika-Konzepts sollten "bilaterale strategische Wirtschaftspartnerschaften ausgebaut und die Zusammenarbeit im Energiesektor verbessert" werden, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Hans-Joachim Otto (FDP), kürzlich aus Anlass des geplanten "5. Deutsch-Afrikanischen Energieforums". Wegen seiner hohen Abhängigkeit von Energierohstoffen werde Berlin mit den Staaten Afrikas "in Energiefragen künftig noch enger zusammenarbeiten".[6] Die Energieversorgung sei dabei "ein besonders wichtiger politischer Bestandteil der strategischen Partnerschaft mit Afrika".[7] Mit erheblicher politischer Unterstützung ist es vor allem der Essener Eon AG mittlerweile gelungen, auf dem westafrikanischen Energiesektor Fuß zu fassen (besonders in Nigeria und Äquatorialguinea, [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete [8]). Nach einem "German-African Energy Dialogue" im Rahmen der Hannover Messe hatte für den gestrigen Montag der Afrika-Verein einen "Energietag Ghana" angekündigt, bei dem der Energieminister des Landes und verschiedene Experten über die jüngsten Öl- und Gasfunde vor der Küste des Landes berichten und für Geschäftsgespräche bereitstehen sollten. Derlei Unternehmungen werden zukünftig noch stärker als bisher von der Bundesregierung unterstützt - im Rahmen des neuen Afrika-Konzepts gemeinsam von den Ministerien für Wirtschaft, Äußeres und Entwicklung.

Weitere Informationen zur stärkeren Ausrichtung der "Entwicklungspolitik" an Wirtschaftsinteressen finden Sie hier: [Ministerium zur Begleitung der Expansion , Armutsgeschäfte \(I\) , Armutsgeschäfte \(II\) und Round Table BMZ/BDI](#) .

[1] "Haupttransportmittel sind die Füße"; [www.rp-online.de](http://www.rp-online.de) 22.04.2010

[2], [3] VENRO: Stellungnahme zum ressortübergreifenden Afrika-Konzept der Bundesregierung, Bonn, 16. April 2010

[4] "Weg vom Weltsozialamt"; [www.afrikaverein.de](http://www.afrikaverein.de)

[5] "Business-Breakfast Afrika" im Auswärtigen Amt; [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

[6] Parlamentarischer Staatssekretär Otto eröffnet 5. Deutsch-Afrikanisches Energieforum ; [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de) 16.04.2010

[7] Das Forum, das vom Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums organisiert wurde, musste wegen des Flugverbots aufgrund der Vulkanaschewolke verschoben werden.

[8] s. dazu [Zentraler Zukunftsmarkt](#) , [Zugriff](#) , [Korruptionsbekämpfer](#) und [Nicht China überlassen](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)